

Dillenburg Nachrichten

mit Illustrierter Gratis-Bellage „Neue Lesehalle“.

== Unabhängiges Organ ==

der werktätigen Berufsclassen in Stadt u. Land, des gewerblich. u. kaufmännischen Mittelstandes, der Beamten, der Landwirtschaft sowie des Arbeiterstandes.

Erscheinen an allen Wochentagen. — Bezugspreis vierteljährlich mit Botenlohn 1,75 M., durch die Post bezogen 1,50 M., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 M.

Verlag u. Exped. Dillenburg, Haigerstr. 9.

Preis für die einseitige Beilage oder deren Raum 16 Pf., Vollseiten pro Zeile 40 Pf. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Druck v. Emil Kinding, Buchdruckerei, Herborn.

Nr. 18.

Donnerstag den 22. Januar 1914.

8. Jahrgang.

Der Fortschritt am Scheidewege.

In der „Bismarck-Warte“, der nationalliberalen Halbmonatsschrift für Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg, findet sich ein bemerkenswerter Aufsatz über den „Fortschritt am Scheidewege“. Es heißt darin die Nationalliberalen, die bisher stets den Freisinn gegen die Sozialdemokratie herausgehoben hätten, würden immer mehr trotz Aufrechterhaltung dieses Grundsatzes vor die Frage gestellt, inwieweit es ihnen künftig noch möglich sein werde, mit dem Fortschritt Bündnisse abzuschließen — Bündnisse, wodurch sie in eine schiefe Stellung zu anderen nationalen Parteien und in eine höchst unliebsame Verbindung mit der Sozialdemokratie geraten könnten. Der Fortschritt müsse sich selber sagen, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehe, eine Zwischenstellung zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien könne es nicht geben. Die bürgerlichen Parteien müßten nachgerade von den Fortschrittlern eine offene und ehrliche Erklärung verlangen, ob diese sich selber noch zu den bürgerlichen Parteien rechnen wollten oder nicht. So lange die Sozialdemokratie eine Revolutionspartei sei, müsse der Kampf gegen sie die Hauptaufgabe aller bürgerlichen Parteien sein.

Das ist unzweifelhaft durchaus richtig; aber wir hegen die stärksten Zweifel daran, daß die Fortschrittliche Volkspartei diesen Mahnungen irgendwie Beachtung schenken werde. — Was die Situation unter den Nationalliberalen im allgemeinen betrifft, so gähnt es überall. Auch im Distrikt ist ein hervorragender Führer aus der nationalliberalen Partei wegen ihres Verhaltens bei der Zaberner Affäre ausgetreten. Alle alten Soldaten und weite Kreise des Volkes billigen die Abstimmung der Christlich-Sozialen im Reichstage, ebenso die Haltung der christlich-sozialen Presse und verurteilen das Mißtrauensvotum der Majorität. Auch in unserer Gegend rufen viele vom Liberalismus ab, der nur der Sozialdemokratie vorarbeitet. Denn hinter dem Hege in Zabern steht nur die Sozialdemokratie, wie es der Staatsanwalt in der Gerichtsverhandlung erklärt hat.

Die Erste elsass-lothringische Kammer über die Zaberner Vorgänge.

Wie vor etwa acht Tagen die Zweite, so sprach sich am Montag die Erste Abgeordnetenkammer der Reichslande sehr entschieden gegen die Haltung der Militärbehörden in der Zaberner Affäre aus.

Der evangelische Konstituentenpräsident Dr. Curtius begründete zunächst folgende Interpellation:

Was gedenkt der Herr Statthalter zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu verschaffen, daß die Inhaber militärischer Kommandogewalt in Elsaß-Lothringen sich in Zukunft innerhalb der gesetzlichen Schranken ihrer Befugnisse halten?

Dann gab der Staatssekretär Hr. Jörn von Bulach die Erklärung ab, daß die Regierung in der Zweiten Kammer ihren Standpunkt bereits klar gekennzeichnet habe; inzwischen habe auch die Reichsregierung, nachdem die Kriegsgerichtsurteile rechtskräftig geworden seien, zur Frage von Zabern Stellung genommen und zwar in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 15. Januar. Nachdem er diese Kundgebung verlesen hatte, erklärte der Staatssekretär, die Regierung sei der Ansicht, daß durch die Nachprüfung der Dienstvorschrift von 1899 (in der Teile der Rabinettorder betr. den Waffengebrauch des Militärs verwertet sind) eine vollständig klare Rechtslage geschaffen werde.

Aus der Mitte des Hauses wurde nun folgende Resolution eingebracht:

Die Erste Kammer beklagt auf das Tiefste die Vorkommnisse in Zabern, welche geeignet sind, ein völlig falsches Bild der elsass-lothringischen Bevölkerung und ganz besonders des Verhältnisses zwischen dem Militär und der Landesbevölkerung hervorzurufen. Ohne irgendwie die in Zabern von Zivilpersonen begangenen Ausschreitungen und das die Aufregung der Bevölkerung während der letzten einzelnen Presseorgane zu entschuldigen, ist sie der Ansicht, daß die bedauerlichen Vorgänge vermieden worden wären, wenn das unwürdige, die Bevölkerung verletzende und herausfordernde Benehmen eines jungen Offiziers seitens seiner Vorgesetzten sofort die entsprechende Remedur erhalten und letztere bestraft worden wäre. Sie ist ferner der Ansicht, daß der militärische Befehlshaber, auch wenn er sich zum selbständigen Eingreifen bereit erklärt, jedenfalls bei der in maßloser, das rechtliche Empfinden verletzender Weise erfolgten Ausführung sich schwere Verantwortungen seiner Person hat zuschulden kommen lassen. Sie ist endlich der Ansicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vorgänge eine sichere Garantie gegeben werden muß, insbesondere auch dafür, daß die in Elsaß-Lothringen zur Zeit bestehende Gefährdung von den in Elsaß-Lothringen garnisonierenden Militärbehörden genau beachtet wird. Die Kammer erlucht die Regierung, an maßgebender Stelle eine Entscheidung in diesem Sinne herbeizuführen.

Diese Resolution, die die Unterschriften von 18 Abgeordneten trägt, darunter die Namen Dr. Bad, Dr. Curtius, Dr. Schwander, Dr. Vonderscheer und Freiherr Dr. Jörn von Bulach, wurde mit 23 Stimmen gegen drei Stimmen, derjenigen des Präsidenten der Reichslande abgelehnt.

des Professors Laband und des Gen. Is von Mohner angenommen. Justizrat Dr. Kuland und der Präsident des Oberlandesgerichts Dr. Molitor hatten sich der Abstimmung enthalten.

Aus der

Debatte über die Interpellation
sind hier die Hauptmomente hervorgehoben. Der Interpellant Dr. Curtius führte aus, der preussische Staatsgedanke sei nicht identisch mit Sabelherrschaft. Die ganze Kette der Ereignisse betrachte er als eine Einheit, aus der sich auf das Bestehen der Militärverwaltung schließen lasse, der Politik in Elsaß-Lothringen eine andere Wendung zu geben. Im Interesse der Ruhe und Ordnung habe man es für selbstverständlich gehalten, daß Leutnant Freiherr von Forstner aus Zabern entfernt wurde. Das Liebelwollen und das Mißtrauen gegen die elsass-lothringische Bevölkerung komme daher, daß man die Bevölkerung und die Politik der Regierung nicht verstehe. Nirgend im Lande sei eine feindselige Gesinnung gegen die Armee vorhanden. Der französische Einschlag in der Kultur Elsaß-Lothringens lasse sich nicht wie ein Strich von der Schiefertafel wegwischen. Das demokratische Elsaß-Lothringen werde daher niemals den Beifall des preussischen Herrenhauses finden. Während viele Leute ihre Mission darin erblickten, zwischen den beiden Völkern zu vermitteln, führe ein Teil der Offiziere bei jeder Gelegenheit das Wort von einem nahe bevorstehenden Kriege mit Frankreich im Munde. Die Landespolitik werde durch die nationale Aufgabe und den Charakter der Bevölkerung bestimmt.

Der Staatsrechtslehrer an der Straßburger Universität, Professor Dr. Laband, machte längere juristische Ausführungen, um nachzuweisen, daß die Rabinettorder von 1899 durchaus nicht gegen das Gesetz verstoße und völlig klar sei; allerdings sei es eine andere Frage, ob Oberst von Reuter diese Rabinettorder richtig und mit Umsicht angewendet habe.

General von Mohner nahm das Militär in Schutz und sagte, daß die Verletzung eines 22-jährigen Leutnants einen Volksstamm nicht beleidigen könnte; Angriffe aber gegen die Militärärzte müßten entschieden zurückgewiesen werden.

Gegen die Ausführungen des Professors Laband polemisierte der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwaner und meinte, der Oberst von Reuter hätte sich mit der Zivilverwaltung mehr in Kontakt halten sollen. Es sei unglücklich, daß ein Offizier allein dafür maßgebend sein solle, ob die bewaffnete Macht einzuschreiten habe.

Auf eine Anfrage des Abg. Blumenthal erklärte Hr. Jörn von Bulach, der Statthalter werde sich das ihm von der Verfassung garantierte Recht, die Bevollmächtigten zum Bundesrate zu ernennen und zu instruieren, nicht nehmen lassen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die obige Resolution von dem Bruder des Staatssekretärs, Weihbischof Jörn von Bulach, dem evangelischen Konstituentenpräsidenten Dr. Curtius, dem Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander und dem früheren Unterstaatssekretär Dr. Bad beantragt worden war.

Deutsches Reich.

Handelsminister Sydow über die Arbeitslosigkeit.

Im Verein zur Förderung des Gewerbestandes hielt der preussische Handelsminister dieser Tage eine längere Rede über die wirtschaftliche Konjunktur Deutschlands und kam dabei auch auf die Arbeitslosigkeit zu sprechen, indem er feststellte, daß diese nach den aus den verschiedenen Landesstellen vorliegenden Berichten nicht allgemeiner, sondern nur lokaler Natur sei. In Ost- und Westpreußen sowie in Schlesien könne von Arbeitslosigkeit keine Rede sein, in Schlesien viel eher von Arbeitermangel; in Rheinland und Westfalen sei ebenfalls Bedarf an Arbeitskräften vorhanden; anders allerdings in Mitteldeutschland, wo sich eine Arbeitslosigkeit nicht leugnen lasse; aber sie trete namentlich in größeren Zentren auf, wo die Bevölkerung reichlich zusammenströme, wie insbesondere in Berlin. Im ganzen lasse sich sagen, daß in Deutschland im vorigen Jahre mehr Arbeitsgelegenheit als Arbeiter vorhanden war; es werde daher eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte anzustreben sein.

Ein bayrischer Einspruch zum Preuentage. Die „Bayrische Staatszeitung“ bringt zu den Verhandlungen des Preuentages eine hochsinnige Verlautbarung, in welcher gegen die Neuerungen Stellung genommen wird, die nach einer den Blättern aus Berlin zugegangenen Korrespondenz Generalleutnant von Kracht-Deffau gelegentlich des am 18. dieses Monats in Berlin abgehaltenen Preuentages über eine angeblich selbst erlebte Episode aus der Schlacht bei Orléans im Jahre 1870 getan haben soll, wo die Bayern „sich vor dem französischen Feuer zurückgezogen, die Preußen aber flott angegriffen hätten“. Die Staatszeitung bemerkt, es sei nach den bisher vorliegenden Berichten nicht ersichtlich, welchen Abschnitt der Schlacht bei Orléans Herr von Kracht im Auge gehabt habe, erhebt aber schon jetzt Einspruch gegen die Art und Weise, in der das Verhalten verschiedener Truppenteile der verbündeten Armeen gegeneinander ausgespielt werde, um so mehr, als gerade in den Kämpfen in und um Orléans die bayrische Armee unter den schwersten Verlusten sich heldenmütig geschlagen und mit unübertrefflichem Ruhm bedeckt habe. Die Freude an den gemeinsamen großen Erinnerungen, die

Preußen und Bayern aus den Jahren 1870/71 hervorgehen, werde durch solche Entgeisungen eines Einzelnen ja nicht beeinträchtigt werden können, immerhin aber seien sie auf das Lebhafteste zu bedauern.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt die Worte des Generals, die in Süddeutschland großen Anstoß erregt haben, dahin richtig, daß von Kracht in Wirklichkeit erzählt habe, ein bayrisches Bataillon sei in so schwere Bedrängnis geraten, daß es Deckung suchen mußte, und daß jeder Soldat, der auch nur den Kopf erhob, sofort dem überlegenen feindlichen Feuer zum Opfer fiel; aus dieser Lage sei die bayrische Abteilung durch vier preussische Bataillone befreit worden. Daß der Mut der Bayern in keiner Weise dadurch herabgesetzt erscheinen könne, daß sie nicht daselbst leisten konnten wie eine viermal stärkere preussische Abteilung, sei wohl klar.

Das Echo des Preuentages in der Zweiten bayrischen Kammer. Nachdem bei der Beratung des Militäretats am Dienstag mehrere Abgeordnete gegen die Neuherstellung des Generals von Kracht entschieden protestiert hatten, erklärte der Kriegsminister Hr. von Kreh unter allseitigem Beifall im ganzen Hause, daß, wenn die Nachricht sich nicht als tendenziös erweisen sollte, eine „so unerhörte Neuherstellung nicht scharf genug gebrandmarkt werden“ könnte; er müsse sie dann aufs tiefste bedauern, da sie aus dem Munde eines hohen Offiziers käme, und einen derartigen Anwurf auf das entschiedenste zurückweisen.

Der Generalpardon beim einmaligen Wehrbeitrage. Da von einzelnen Behörden Veruche ausgehen scheinen, der Bestimmung des Wehrbeitrags-Gesetzes über den Generalpardon eine engere Auslegung zu geben, sind die Ausführungen des Reichsfinanzsekretärs Kühn im Reichstage von Wichtigkeit; nach dem authentischen Bericht sagte der höchste Finanzbeamte des Reiches u. a.:

Wenn es in § 69 des Gesetzes heißt, daß der Beitragspflichtige von Strafe und von der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer für frühere Jahre freibleiben soll, so lege ich die Vorschrift — und ich glaube da im Einverständnis mit den Bundesregierungen zu sein — so aus, daß von einer Strafe überhaupt abgesehen werden soll. Die Worte „für frühere Jahre“ beziehen sich nur auf die Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer. Selbstverständlich kann, wenn z. B. in Preußen, von dem hier die Rede war, der Beitragspflichtige gemäß § 36 des Wehrbeitrags-Gesetzes ein höheres Vermögen angibt, als es früher von dem Betreffenden angegeben oder von der Behörde festgestellt war, diese Deklaration jetzt bei der Veranlagung der preussischen Landessteuer mit zugrunde gelegt werden. Ich nehme aber weiter an, daß das nur für die neue Veranlagung, für das Steuerjahr 1914 gilt, und daß in Preußen eine Nachveranlagung für das Steuerjahr 1913 nicht etwa aus dem Grunde zugelassen wird, weil die berichtigten Angaben über Vermögen und Einkommen im Januar oder Februar 1914, also noch im Steuerjahr 1913, gemacht werden.

Wenn von den einzelnen Behörden eine abweichende Auffassung vertreten wird, so kann nur gebeten werden, daß für eine Ausfüllung der Steuerpflichtigen Sorge getragen und daß im gegebenen Falle eine Entscheidung im geordneten Instanzenzug herbeigeführt wird, soweit eine endgültige Entscheidung im Verwaltungswege überhaupt getroffen werden kann.

Für Preußen kann nach diesen Ausführungen von der Möglichkeit, daß von einzelnen Behörden hinsichtlich des Generalpardons eine abweichende Auffassung vertreten wird, keine Rede sein; aber es wäre dringend zu wünschen, daß auch in anderen Bundesstaaten von engeren Auslegungen des Generalpardon-Begriffes Abstand genommen werde.

Von den Ergebnissen der letzten Konferenz im Reichspostamt ist wohl das beachtenswerteste die geplante Einführung von Postkreditbriefen. Diese werden in Form eines Heftchens in der Größe von 12 1/2 zu 8 1/2 Zentimeter ausgefertigt, das 10 Quittungsformulare für die Abhebung von Teilbeträgen enthält; sie können auf alle durch 50 teilbare Summen bis 3000 M. lauten. Die Gültigkeitsdauer beträgt 4 Monate. Die Ausfertigung der Postkreditbriefe wird den Postämtern übertragen. Bestimmungen nimmt außer diesen jede Postanstalt entgegen. Als Gebühren sind in Aussicht genommen: 1. für die mit Zahlkarte zu leistende Bareinzahlung oder für die Überweisung von einem Postkreditkonto die nach der Postkreditordnung festgesetzten Gebühren; 2. eine Ausfertigungsgebühr von 50 Pfennig; 3. für jede Rückzahlung a) eine Gebühr von 5 M., b) eine Steuerungsgebühr von 5 Pfennig für je 100 M. oder Teile davon. — Die Einführung der Postkreditbriefe durch eine Ergänzung der Reichspostordnung ist von der Zustimmung des Bundesrates zu den in Aussicht genommenen Gebühren abhängig, deren Einholung die Reichspostverwaltung in Aussicht stellt.

Deutscher Reichstag.

195. Sitzung.

4. Berlin, 20. Januar 1914.

Die heutige Reichstags-Sitzung begann mit einer kurzen Anfrage von grundsätzlicher Bedeutung. Herr Erzbberger fragte, wie das Verbot der Vereinnahmung Berliner Schutzmannen durch den Polizeipräsidenten sich mit der Koalitionsfreiheit verhalte. Die Antwort, daß es sich um eine Frage des Beamtenrechts und nicht des Vereinsrechts handle, und daß daher kein Anlaß zum Einschreiten vorliege, dürfte denn doch einiges Befremden hervorrufen, da die Regierung seinerzeit selbst anerkannt hat, daß auch die Beamten Vereinsfreiheit genießen sollen, und daß es sich vor allem hier um einen unpolitischen Verein handelt, der im wesentlichen geselligen Zwecken dient und die Pflege königstreuer Gesinnung ausdrücklich auf seine Fahnen geschrieben hat. Zweifellos ist in dieser Sache das letzte

Wort noch nicht gesprochen. — Darauf wurde in dem saß leeren Hause die Staatsdebatte mit einer langatmigen Rede des Sozialdemokraten Krätzig fortgesetzt. Den würdigen Mittelpunkt der Verhandlungen bildete eine hervorragende Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück. Die Feststellung, daß die sozialpolitische Verbesserung zurzeit auf einem gewissen Abschlusse gekommen sei, löste bei den Sozialdemokraten in einem Zwischenrufe aufs neue die Frage nach der Arbeitslosenversicherung aus, trotzdem die Regierungen ihren Standpunkt nun gewiß schon oft genug bekanntgegeben haben. Immerhin dürfte das ablehnende Votum der Regierungen auf diesem Gebiete nicht so klar liegen, wie die Tatsache, daß die gesetzliche Regelung des Arbeitsrechts in der Tat von der immer noch nicht durchgeführten Rechtsfähigkeit der Berufsvereine abhängig ist. Auch darin darf man dem Staatssekretär beipflichten, daß ein Reichseinigungsamt ohne Verhandlungszwang keine besondere Bedeutung hätte. Die Berufung von Schiedsgerichten als Ersatzmittel für die verjagte Gesetzgebung hat sich bewährt. Den stärksten Eindruck machten die Schlussworte der anderthalbstündigen Rede, die Betonung, daß an unserer bewährten Wirtschaftspolitik auch in den neuen Handelsverträgen nicht gerüttelt werden solle, daß der Zolltarif den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft entspreche, daß von deutscher Seite keine Novelle zum Zolltarif zu erwarten sei, und daß Deutschland seine Interessen nachdrücklich verteidigen werde, falls ihm der Tarif vom Auslande gekündigt werden sollte. — Der Zentrumsredner Chrystian fand mit seinen mittelfeldpolitischen Darlegungen selbst in der gewiß mittelfeldfreundlichen Mehrheit des Hauses nur eine kleine Schar aufmerksamer Zuhörer.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung. Berlin, 20. Januar 1914.
Im Abgeordnetenhaus bedurfte es heute zur Erledigung der ersten Punkte der Tagesordnung nur einer kurzen Debatte. Nachdem der Entwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Danzig der Gemeindefunktion überwiegen war, wurde der Entwurf über die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift in dritter Lesung angenommen. Sodann setzte das Haus seine wirtschaftspolitische Aussprache beim Landwirtschaftsetat fort. Der erste Redner, der Pole von Morawski, der auf der Tribüne beinahe völlig unverständlich blieb, begann bei der Landarbeiterfrage, ging über zur Maul- und Klauenseuche, um schließlich, wie üblich, in allgemein politischen Klagen über Zurücksetzung seiner Landsleute zu enden. Ruhig und leidenschaftslos hielt dann der Abgeordnete Hoesch eine mit Beifall ausgenommene und sympathisch berührende Jungferrede. Wenn man Deutschland, so betonte er, den nötigen Zoll- und Seuchenschutz gewähre, dann sei es imstande, den heimischen Fleischkonsum zu decken; denn die Schweinefleischherzeugung könne ins Unbegrenzte gesteigert werden, wenn nur den kleinen Landwirten die Grundlage für einen einigermaßen geregelten Absatz geschaffen werde. Herr Hoesch bekannte sich zur Notwendigkeit der inneren Kolonisation, die die Frage des Jahrhunderts sei. In klaren Ausführungen sprach dann Herr Schifferer für die Nationalliberalen. Seine ganze Rede war ein mit guten Gründen belegtes Bekenntnis zur Schutzpolitik. Die Sitzung schloß mit einer Rede des Abgeordneten Böhm (Wdd.), der gegen seine früheren konservativen Freunde für eine kräftige innere Kolonisation eintrat.

Kleine politische Nachrichten.

Das braunschweigische Staatsministerium verlängerte die Frist für die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag bis 31. Januar.

Der König von Bayern verlieh dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val die höchste bayerische Auszeichnung, den Hausritterorden vom heiligen Hubertus.

In den Redaktionen der Jenaer Zeitungen wurden Hausdurchsuchungen abgehalten, um die Urheberhaft von Veröffentlichungen über den bisher von der Regierung streng geheim gehaltenen Entwurf einer neuen Gemeindeordnung festzustellen.

Zur Wiederannahme der deutsch-französischen Verhandlungen über die kleinasiatischen Eisenbahnfragen treffen die Vertreter der französischen Regierung im Laufe dieser Woche in Berlin ein.

Der englische Ministerpräsident Asquith kehrte aus Kizza, wo er sich zur Erholung aufhielt, wegen dringender Staatsgeschäfte nach London zurück.

Die Türkei versicherte sich eines weiteren auf einer amerikanischen Werft seiner Vollendung entgegengehenden, für Rechnung Argentinien gebauten Dreadnoughts, der den Namen „Mahmud Gazi“ (Der Eroberer) führen wird.

Der erst kürzlich zum Major ernannte sächsische Rittmeister Kirsten wurde mit Genehmigung des Kaisers und des Königs von Sachsen als Mitglied der deutschen Militärmission nach Konstantinopel berufen und durch Trude des Sultans zum Oberstleutnant befördert; es wurde ihm das Kommando des 1. türkischen Kavallerieregiments übertragen.

Präsident Huerta befahl dem mexikanischen Finanzminister de la Boma, der sich gegenwärtig in Europa befindet, nach Mexico zurückzukehren und ihm persönlich Bericht zu erstatten.

Konferenz der preussischen Handwerkskammern.

Die preussischen Handwerkskammern hielten am Montag in den Räumen der Berliner Handwerkskammer unter dem Vorsitz des Ehrenobermeisters Rahardt eine außerordentliche Konferenz ab. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung.

„Gewerbliche Regiearbeit in Staat und Gemeinde“ erstattete der Syndikus der Handwerkskammer Wiesbaden Schröder den Bericht. Der Redner wies in kurzen Worten auf den schädigenden Einfluß der Regie in Staat und Gemeinde hin und legte in Uebereinstimmung mit der Handwerkskammer Berlin folgende Resolution vor:

1. Da Regiebetriebe in erster Linie nach Maßgabe des Gemeinwohls zu verwalten sind, darf man von ihnen erwarten, daß sie nicht in gewinnstüchtiger Absicht Produktionsgebiete des freien Gewerbes an sich reißen und den freien Gewerbetreibenden — ihren eigenen Bürgern und Steuerzahlern — Konkurrenz machen oder gar deren Existenz ruinieren. Insbesondere darf man von den Kommunen und ihren Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken verlangen, daß sie bei dem Betriebe eines Produktions- oder Installationsgewerbes nicht über den Rahmen der durch die gemeinnützigen Zwecke der Unternehmen gebotenen Produktions- und Installationsstätigkeit hinausgehen und mit ihren eigenen steuerzahlenden Bürgern bei der Installation privater Beleuchtungs- und Bewässerungsanlagen oder durch den öffentlichen Handel mit dabei benötigten Gegenständen nicht in ungerechten Wettbewerb treten. Als besonders verwerflich aber muß man es bezeichnen, wenn Gemeinden im Widerspruch mit der gesetzlich allen Bürgern garantierten Gewerbefreiheit und zum Teil in der Absicht, die Installationsaufträge ihren Bürgern zu sichern, den ortsansässigen Handwerkern vor der Zulassung zu den Installationsarbeiten sehr hohe Kauttionen, oft viele hunderte von Mark, abfordern.

2. Die preussischen Handwerkskammern bitten den Herrn Minister auf dem Gebiete der gemeinnützigen Regiebetriebe die Aufsichtsbehörden der Gemeinden erneut zur Nachprüfung anzuregen, ob und inwieweit die Ausdehnung der Gemeindebetriebe auf die Produktion und Installationsgewerbe sowie den Handel mit Beleuchtungskörpern den Aufgaben der Gemeinde gegenüber ihren eigenen Bürgern entspricht und inwieweit die Gewerbefreiheit durch Abforderung hoher Geldleistungen vor der Zulassung der Installationsarbeit verletzt wird.

Auf das Referat folgte eine Diskussion. Landtagsabgeordneter Ehlers trat dem Redner bei und führte aus,

daß die Kommunen oft mit allen möglichen Gegenständen einen schwunghaften Handel treiben und enorme Reklame dafür machen. Es wird genügen, die Sache einmal an die große Glocke zu hängen und an die Öffentlichkeit zu appellieren; das allein wird schon helfen. — Handwerkskammerpräsident Heinzig-Berlin: Wir erheben keinen Einspruch dagegen, wenn die Gemeinden gewisse Betriebe, wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, in eigener Regie übernehmen. Aber wenn die Gemeinden im Anschluß daran dazu übergehen, ganze Gewerbe an sich zu reißen, so entspricht das nicht der Aufgabe, die die Gemeinden gegenüber dem Gemeinwohl haben. Es entspricht nicht dem Interesse des Gemeinwohls, die Zahl der unselbständigen Arbeiter zuungunsten der selbständigen Arbeiter zu vermehren. — Obermeister Plate-Hannover: Die Aktiengesellschaften, die Gas- und Elektrizitätswerke betreiben, sind meiner Ansicht nach nicht so schlimme Feinde des Handwerks wie die Stadtverwaltungen, obwohl die Aktiengesellschaften darauf bedacht sein müssen, möglichst hohe Dividenden herauszuwirtschaften, während bei den Stadtverwaltungen sogar Defizite vorkommen können, die schließlich doch durch die Steuern der Allgemeinheit gedeckt werden. Trotzdem sind die Aktiengesellschaften bei der Frage der Installation viel zugänglicher als die Stadtverwaltungen. — Die Resolution wurde sodann angenommen.

Hierauf referierte der Vorsitzende der Handelskammer Köln, Függe, über

„Gefängnisarbeit“.

wobei er folgende Resolution vorlegte:

„Die preussischen Handwerkskammern stellen im Verfolg der Wünsche, welche die aus dem Handwerk gewählten Gefängnisbeiräte geäußert haben, an den Justizminister und den Minister des Innern die Bitte, eine statistische Zusammenstellung über die Beschäftigungsweise und die Produktionswerte der Gefangenenarbeit sowie die gemachten Erfahrungen herauszugeben, ferner über den Umfang motorischer Kraft in den Gefangenenwerkstätten, die Anleitung von Gefangenen zu handwerksmäßigen Betrieben, ferner Auskunft zu erteilen, in welchem Umfang die durch die Wehroorlage nötigen Arbeiten durch Gefangenenanstalten besorgt werden und schließlich, daß das freie Handwerk bei den Lieferungen für Heer und Marine mehr als bisher berücksichtigt werden möge.“ — Die Resolution wurde angenommen.

Generalsekretär Dr. Reufsch brachte noch einige Wünsche der Handwerker zum Kommunalabgabengesetz vor, worauf der Vorsitzende der Handwerkskammer Arnberg, Boos-Herlorn, über den

„Entwurf zum preussischen Wohnungsgesetz“

sprach. Die Gründe für den Gesetzentwurf seien so schwerwiegend, daß alle von der Rotwendigkeit der Einführung eines Wohnungsgesetzentwurfes überzeugt seien. Nur die Stadtverwaltungen seien gegen ihn Sturm gelaufen und hätten ihn als unannehmbar bezeichnet, weil er ihre Selbstverwaltungsrechte beschränke. Diese Einwendungen sind aber unberechtigt, da der Entwurf den Städten ihre Selbstverwaltungsrechte keineswegs nimmt, sondern nur die staatliche Aufsicht stärkt, die dringend nötig ist, um der Willkür städtischer Behörden vorzubeugen. Er wird auch den berechtigten Interessen der Grundbesitzer gerecht, die in dem Fluchtliniengesetz durch das sogenannte Bauverbot eine über das gerechte Maß hinausgehende Schmälerung erfahren haben. Der Redner ging dann auf Einzelheiten des Gesetzentwurfes ein und resümierte dahin, daß man an dem Gesetzentwurf manches noch ergänzen und klarstellen müsse, daß man aber im großen ganzen die Bedingungen, durch die die Regierung die wichtigen Bestimmungen der Wohnungsfrage lösen will, als weitblickend und treffend anerkennen kann. — Hierauf wurde die Konferenz durch den Vorsitzenden geschlossen.

Ueber alles die Ehre.

Roman von M. R. Herrmann.

Nachdruck verboten

(5)

In der gestrigen Fortsetzung des Romans ist verheerend ein Abschnitt ausgelassen. Wir tragen denselben daher heute nach, er ist durch Einfügung von einer Linie an betr. Stelle kenntlich gemacht.

Der Bankier war sehr erregt, daß sah Ehrenstein auf den ersten Blick. Und bald sprudelte es nur so über die Lippen des sonst so ruhigen Mannes.

„Denken Sie nur, Eggelsen,“ begann er, „was meinem Personal heute widerfahren ist. Ich hatte, wie ich Eggelsen verließ, eine kurze Unterredung mit meinem Protokuristen, damit die Sache buchmäßig auch in Ordnung gebracht werde und war dann zur Börse gefahren. Kaum konnte eine halbe Stunde verstrichen sein, da erscheint in meinem Kämmerlein Herr Oberleutnant Rudolf von Ehrenstein und verlangt mich zu sprechen.“

„Der junge Herr war sehr aufgeregt. Da ich nun nicht anwesend war, so wandte er sich an meinen Protokuristen und fragte, was denn das für eine verheerende Geschichte mit dem Wechsel sei, den er angeblich hier zum Diskont gegeben habe. Denken Sie nur, Eggelsen, angeblich sagte er, und dabei war es kein anderer, als er selbst, der ihn brachte. Mein Protokurist riß erstaunt die Augen auf. Der junge Herr von Ehrenstein wollte absolut nichts mehr von der ganzen Angelegenheit wissen. Er wurde wild und stieß die fürchterlichsten Drohungen gegen mich und das gesamte Personal aus, als ihm dieses auf sein Befragen mitteilte, daß ihm das Geld ausbezahlt worden wäre, daß er sogar darüber quittiert habe. Er nannte uns eine schamlose Verbrecherbande. Denken Sie doch, Eggelsen, mein auf solidester Grundlage aufgebautes Geschäft soll von Verbrechern geleitet werden. Zum Glück schwieg mein Personal, denn man sah dem Herrn Oberleutnant seine Aufgeregtheit deutlich an. Mit einem höhnischen Aufschlagen hat der junge Herr dann meine Geschäftsräume wieder verlassen. Ich hielt es für meine Pflicht, Eggelsen auf den Gemütszustand des Herrn Oberleutnants aufmerksam zu machen.“ Er blickte hinüber zu dem General, der, den Kopf in die rechte Hand gestützt, nachdenkend auf den Schreibtisch blickte. „Auch davor schreie ich die Schurke nicht zurück!“ sagte er halblaut. Sein Gegenüber verstand nicht, was der General meinte. Er fuhr in seiner Rede fort, da von Ehrenstein hierauf im Schweigen verharrte: „Hätte mein Personal gewußt, wie es um den jungen Herrn stand, es hätte gewiß eine ausweichende Antwort gegeben, um ihn nicht noch mehr zu reizen.“

Hier raffte sich der General auf und bemerkte energisch: „So glauben Sie, daß die Wahrheit Schuld an dem Toben des Sohnes war?“ Doch ohne eine Antwort abzuwarten, bemerkte er weiter: „Das glaube ich nicht. Es ist gut gewesen, daß Ihr Personal keine Blige aussprach. Schon seit einiger Zeit befindet sich mein Sohn in hochgradiger

ger Erregung, so daß er bereits um den Abschied eingekommen ist, ohne uns ein Wort davon zu sagen. Am Vormittage sprachen wir an dieser Stelle auch über den Wechsel, ich bemerkte wohl eine gewisse Erregung an ihm, sonst aber war er vollkommen klar in allem, was er sagte. Hätte ich nur eine Ahnung von dem Kommenden gehabt, dann hätte ich meinen Sohn nicht aus den Augen gelassen. Ich stehe in Ihrer Schuld, lieber Schönsfelder, und bitte wegen des Vorfalls um Entschuldigung.“

„Keine Ursache,“ entgegnete Schönsfelder. „Nicht deshalb bin ich zu Ihnen gekommen, Eggelsen, sondern um Sie auf den Zustand des Herrn Oberleutnant aufmerksam zu machen.“ „Ja,“ bemerkte leise der General. „Das ist eine verheerende Geschichte, die viel Staub aufwirbelt wird, wenn sie in die Öffentlichkeit dringt.“

„Sie wird nicht in die Öffentlichkeit dringen, Eggelsen,“ fiel der Bankier ein, denn ich habe meinen Leuten sofort ein Schweigegebot auferlegt, das auch gehalten wird, da ich nur zuverlässiges Personal beschäftige. Die Hauptsache ist, daß der Herr Oberleutnant weiter keine Ausschreitungen begeht.“

Der General atmete erleichtert auf, dann schüttelte er seinen Gegenüber die Hände und sagte mit viel Wärme im Tone: „Ich danke Ihnen, lieber Schönsfelder, und werde Ihnen das so leicht nicht vergessen. Nun aber muß ich handeln,“ der General erhob sich mühsam von seinem Stuhle. Trotzdem er sich alle Mühe gab, seinen wahren Seelenzustand zu verbergen, erkannte das scharfe Auge des Bankiers doch, wie es damit stand.

Beim Abschied hielt Schönsfelder es deshalb für seine Pflicht, einige Trostworte zu sprechen, doch der General wehrte mit einem matten Lächeln ab, dem Bankier nochmals die Hände schüttelnd: „Keine Sorge, mein lieber Schönsfelder, ich darf nicht zusammenbrechen. Ich muß den Kopf oben behalten. Was werden mir meine Frau und meine übrigen Kinder zu diesem Schicksalsschlag sagen.“

Als er aber allein war, da richtete er sich wieder kerkengerade hoch. Und wenn er noch bisher an der Schuld seines Sohnes gezweifelt hatte, diese Komödie, wie er es nannte, hatte jeden Zweifel zerstört. So spielt nur jemand mit seiner Ehre, der nichts mehr zu verlieren hat. „Empörend!“ rief er aus, „sich nun auch noch in die Hände fremder Menschen zu geben. Was nun, wenn jemand von den Krämerseelen etwas ausplaudert darüber?“ Er unterbrach seinen Monolog und ging ein paarmal im Zimmer auf und ab, denn es fiel ihm nichts ein, wie er die Seinen so schonend wie möglich auf das Geschehene vorbereiten sollte. Er konnte zu keinem Aufschlusse kommen, als sich die Tür öffnete. Die Gattin der Eggelsen, in schlichter Hauskleidung, hatte mehrmals geklopft, was der General überhört hatte. Frau von Ehrenstein blieb betroffen stehen, als sie die in den wenigen Stunden um ein beträchtliches gealterte Gestalt ihres Gatten erblickte. Erstaunt rief sie aus: „Wilhelm, was ist mit Dir?“

„Ich wollte zehn Jahre meines Lebens geben, wenn ich diese Stunden nicht hätte zu erleben brauchen,“ antwortete der Gatte und bedeckte das Gesicht mit beiden Händen.

Erstochen eilte die Gattin auf den General zu, laßt ihre Arme um seinen Nacken legend, „was ist denn geschehen, Wilhelm, daß Du so ganz fassungslos bist? Es muß wirklich etwas Schreckliches sein, denn auch Adalbert und Rudolf sehen so finstern heute drein und haben sich gar nicht aufgehoben. Kann ich nicht teilnehmen an Deinem Schmerz?“

Der General trocknete seine Tränen unter den beglittenden Worten seiner Gattin. Er wandte sich ihr voll zu, ergriffte dann, was sich zugetragen hatte, und zeigte seiner Gattin die Beweisstücke.

Wie zur Bildsäule erstarrt, hatte Frau von Ehrenstein dagelegen. Doch als ihr Gatte nun mitteilte, daß er selbstverständlich den Sohn schonen wollte, da er seinen Namen trage, daß aber die Familie sich vollständig von dem Gefallenen loszusagen müsse, da wollte die Frau still vor sich hin. Sie wußte, daß es gegen diesen Entschluß des Gatten keine Widerrede gab. In der ganzen Zeit ihrer Ehe hatte sie ihre Ohnmacht ihm gegenüber oft schmerzlich empfunden. Und obgleich sie darunter stark litt, hatte sie doch nie ernstlich gewagt, dem Gatten entgegenzutreten. Sie erwiderte deshalb schluchzend:

„Aber, lieber Wilhelm, ist das nicht eine zu harte Strafe?“

„Hat Rudolf daran gedacht, wie tief er uns alle verlegt, als er zum Verbrecher wurde? Wenn er seine gute Erziehung so vergaß, wenn er ferner so tief sank, daß er den Ehrenschild eines Offiziers derart beschmutzte, dann muß er auch von Rechts wegen die Folgen auf sich nehmen. Du siehst, Amalie, daß ich noch immer Gnade für Recht ergehen lasse, denn die Folgen seiner Handlungsweise werden im Buche haften geblieben.“

„Ich aber habe ihm eine goldene Brücke, über die er zur bürgerlichen Gesellschaft wieder zurückkommen kann. Da für, daß er uns so tödlich ins Herz getroffen, gibt es keine andere Strafe, als unsere Verachtung. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir jetzt nur noch einen Sohn haben. Der andere ist für uns tot. Ich werde dem Verbrecher eine anständige Summe mit auf den Weg geben, daß er jenseits des Ozeans ein neues Leben beginnen kann.“

Als seine Frau noch immer weinend dasah, fuhr der General wie tröstend fort: „Glaube mir, Amalie, ich habe schwer gekämpft, ehe ich zu diesem Entschlusse kam, aber Du weißt, eines Offiziers Ehrenschild muß blank und rein sein, da darf auch nicht ein Staubfleckchen, nicht ein Rostfleckchen sich ansagen. Also muß ich handeln, wie ich es vor habe. Ich werde Rudolf meinen Entschluß schriftlich mitteilen.“

Es klopfte, der General blickte unwillig auf, als Frau von Ehrenstein trocknete hastig ihre Tränen, während sie Gatte zur Tür ging und öffnete, der Diener überreichte d. d. Postkassen, die der General in Empfang nahm und dann die Tür wieder schloß. Die beiden Portieren fielen hinter den General zusammen, als er ins Zimmer zurücktrat. Er prüfte flüchtig die Briefe, als er stieg. Hastig nahm er einen Brief heraus, dessen Adresse die charakteristischen Züge seines ältesten Sohnes trugen.

Fortsetzung folgt.

Rede des Reichstagsabgeordneten Liz. Mumm Im Reichstage über die Sonntagsruhe Im Handelsgewerbe.

I. Fortsetzung.

Die Befürchtung der großen Städte, daß dadurch der Fremdenverkehr irgendwie beeinträchtigt werden könnte, ist völlig irrig gewesen. Nennen wir Frankfurt a. M. Frankfurt a. M. hatte vor Einführung der vollen Sonntagsruhe 1903 einen Fremdenverkehr von 482 000 Personen im Jahre, nach Einführung derselben im Jahre 1907 523 000. Die Ziffer geht entsprechend der Entwicklung des Verkehrs und der allgemeinen Verhältnisse stetig voran. Und eine Stadt, die die reichste Erfahrung auf diesem Gebiete hat, die Stadt Dresden, schreibt durch ihre Handelskammer:

Auf die Anfrage vom 12. d. Mts. erwidere ich Ihnen, daß in Dresden schon seit einer langen Reihe von Jahren die völlige Sonntagsruhe im Kleinhandel eingeführt ist. Ausnahmen bestehen nur für einige Geschäftszweige, wie für den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Blumen usw. Unseres Wissens hat die Durchführung der völligen Sonntagsruhe für Dresden keine großen und dauernden Nachteile zur Folge gehabt; das Publikum scheint sich im allgemeinen gut daran gewöhnt zu haben.

Das sagt die Handelskammer einer Stadt, die durch Ortsfremdung seit mehr als 40 Jahren völlige Sonntagsruhe besitzt.

Wie steht es mit den „Kontorbetrieben“? Nach den Erhebungen des Beitrags für Arbeiterstatistik im Jahre 1901 betrug in 66,97 Prozent der befragten Kontorbetriebe völlige Sonntagsruhe. Nach dem Gutachten der Handelskammer Hamburg waren kaum 10 Prozent der Kontorangestellten Sonntags beschäftigt. 54 Kaufmannsgerichte, die bekanntlich paritätisch besetzt sind, erklärten sich für völlige Sonntagsruhe. 11 Handelskammern wünschten völlige Sonntagsruhe für Kontore. Zahlreiche Prinzipale, Prinzipalvereine und Prinzipalzeitungen haben sich in der gleichen Richtung ausgesprochen.

Es ist auch ein beifolgendes Material im Hinblick auf die offenen Verkaufsstellen, daß sich bei der amtlichen Erhebung im Jahre 1885 schon 43,66 Prozent für völlige Sonntagsruhe, 25,96 Prozent für beschränkte Sonntagsruhe und nur 30,38 Prozent für Beibehaltung des alten Zustandes ausgesprochen haben.

Ich darf auch daran erinnern, daß bei jener Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe im Jahre 1891 der deutsch-konservative Führer von Kleist-Regow den Antrag auf Einführung des Zehnurschließes stellte, und daß damals nur eine Stimme an der absoluten Mehrheit für diesen Antrag gefehlt hat. Es haben bereits 16 deutsche Städte auch für offene Verkaufsstellen die völlige Sonntagsruhe vorgeschrieben und immer wieder bekommen wir aus den Kreisen der Ladeninhaber Zuschriften, für die Sonntagsruhe einzutreten. „Wir einzelnen — heißt es da — möchten es um des Gewissens willen, wir können es aber nicht um der Konkurrenz willen tun. Wer also die Einführung erstrebt, nimmt von uns den Gewissensdruck.“ Der Käuferbund, der die verschiedensten Kreise umfaßt, hat sich für die völlige Sonntagsruhe eingesetzt. 54 Kaufmannsgerichte und 11 Handwerkskammern haben sich für die völlige Sonntagsruhe im Kleinhandel ausgesprochen.

Meine Herren, wenn ich nach dieser grundsätzlichen Darlegung ins Detail gehe, so wird man zunächst auf den § 3 gestoßen, der bereits hier von den verschiedensten Seiten aus erörtert worden ist. Es war sehr charakteristisch, daß Herr Kollege Erzberger der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß dieser § 3 einem vorkomme, als sei er aus dem Hebräischen übersezt. Vielleicht hat das noch eine etwas tiefere Bedeutung, als er selbst angenommen hat. Denn es handelt sich doch hier um die Unbegreiflichkeit eines „Ausnahmefalles“ — wenn man dieses Wort brauchen will — gegen den christlich-deutschen Kaufmann. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Deutschkonservativen) einer Bestimmung, die um ganz kleiner Kreise willen eingeführt worden ist — es wurde auf liberaler Seite von 2- bis 3000 Geschäften gesprochen — und die tatsächlich eine nicht unbedeutende Schädigung der übrigen Geschäftswelt in sich schließt. Meine Herren, niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, daß der orthodoxe Jude die völlige Sabbataruhe hält. Man kann im Gegenteil eine Sympathie dafür haben, wenn er den Vorschriften seiner Religion vollkommen nachkommt. Es gibt auf diesem Gebiete viel schärfere Gewissenskonflikte, wenn nämlich Sabbatarier ins Meer eintreten, die der von mir durchaus nicht geteilten Ueberzeugung sind, man dürfe am Sonnabend keinen Dienst tun. Man hat bisher nicht gefunden, daß man sich für diese, um des Gewissens handelnde Leute einsetze, so wie es hier für eine kleine Gruppe des Volkslebens geschieht, die im Erwerb Schaden zu leiden fürchtet.

Ich sage noch einmal: es handelt sich nicht darum, daß diese ihrem Glauben folgen sollen, sondern darum, daß um ihretwillen hier eine Bestimmung wider die Sonntagsruhe eingeführt wird, die weitgreifenden Bedenken unterliegt. Zunächst einmal legt sie der Polizei Kontrollvorschriften auf — und es handelt sich hier um ein Nachforschen in geschlossenen Betrieben —, die recht schwierig sein müssen und auch der Polizei eine ganze Menge Sonntagsarbeit auferlegen werden. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.) Dann handelt es sich darum, daß hier zunächst einmal der kleine Jünger gefordert wird, daß wir aber abwarten müssen, wie es weiter geht. In der Würzburger Handelskammer hat ein Herr Selig am 26. April 1912 das Verlangen ausgesprochen, daß auch christliches Personal während der freigegebenen fünf Stunden beschäftigt werden dürfe. Geben wir also einmal den Grundsatz preis, meine Herren, daß in einem christlich-deutschen Staate christlich-deutsche Einrichtungen grundlegend sein müssen, dann geht es alsbald weiter. Wir wissen, daß von Seiten des orthodoxen Judentums mit Bewußtsein gegen die christliche Richtung eines Staatslebens angekämpft wird (sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung) wie das im Vorjahr bei der Rhein-Goldversammlung der orthodoxen Juden offen ausgesprochen wurde.

Kurze Inlands-Chronik.

Die Polizei in Rattow (Oberhessen) verhaftete drei russische Mädchenhändler und eine Helfershelferin, die über die Grenze geflüchtet waren, nachdem ihnen in Sosnowice ein Transport junger Mädchen durch die dortige Polizei abgenommen worden war.

Auf der Straße Stendal-Hannover wurde der Schaffner Karl Wetter tot aufgefunden. Er ist vermutlich während der Fahrt abgestürzt.

Eine jungverheiratete Frau in Ekersdorf, die sich in geeigneten Umständen befand, wurde am Brunnen vor ihrem Hause ertrunken aufgefunden. Die Bedauernswerte scheint von einer Ohnmacht befallen worden zu sein und vermochte sich dann nicht mehr ins Haus zu schleppen.

„Pfarrer Hellmund“.

Herr Pfarrer Philipp, früher bekanntlich in Breitscheid, jetzt in Wiesbaden, hat ein Theaterstück zur Verherrlichung Pfarrer Jathos geschrieben. Die wirkliche Wahrheit über die angebliche Begeisterung im Volk für Jathos „Geheimreligion der Gebildeten“ wird durch folgende Nachricht des „Frankfurter Generalanzeigers“ Nr. 4 charakterisiert: „Aus Kassel wird uns geschrieben: Das Residenztheater in Kassel hatte das Philippische Schauspiel „Pfarrer Hellmund“ erworben, dessen Held den Pfarrer Jatho verkörpert. Es konnte hier schon ein tiefer gehendes Interesse für das Stück erwartet werden, als Jatho ein geborener Kasseler war. Die Premiere war für Freitag abend angesetzt. Die Vorstellung mußte aber ausfallen, da nur — fünfzehn Zuschauer erschienen waren. Zur selben Zeit waren die Kasseler Kinos überfüllt, in denen „Die blau Maus“ und „Das goldene Bett“ gegeben wurden.“

Lokales und Provinzielles.

In unsere Leser!

Die Stadt Herborn rüstet sich bekanntlich zum Späthjahre ihren 1000jährigen Geburtstag zu begehen. Da wir zu diesem Feste auch unser Scherlein beisteuern wollen, so bitten wir alle Leser und Nichtleser jeder nach seiner Art und Weise alle die ihnen bekannten Sitten und Gebräuche, auch Wit und Humor aus alter und neuer Zeit als Einzelbeiträge zu sammeln und uns zu übermitteln. Wir wollen diese Blätter und Bluten zu einem schönen Strauß zusammenbinden und diesen dann wiederum unseren Lesern zum Feste überreichen. Also frisch ans Werk!

Jedem Einsender im Voraus unseren Dank.

Die Schriftleitung.

★ **Herborn, 21. Jan.** Zu unserem gestrigen Artikel betr. die hiesige neue Mittelschule sind uns von mehreren Seiten teilweise schriftliche Äußerungen, teilweise auch Telephonate zugegangen. Wir werden daher in morgiger Nummer speziell die neue Mittelschule an sich zum Gegenstande einer Besprechung machen.

★ **Wassermühle betr.** Am 28. Januar, vormittags 10^{1/2} Uhr, kommt der Erlös der Wassermühle am hiesigen Amtsgericht zur Verteilung. Es kann sich jeder Teilhaber sein Guthaben dort abholen.

★ **Sonntagsruhe betr.** Der Reichstagsabgeordnete Liz. Mumm ist als Mitglied der Sonntagsruhe-Kommission gewählt und hat darin eine Anzahl bedeutender Anträge gestellt.

★ **Jungdeutschlandbund.** Am 1. Februar wird der Vertrauensmann des Jungdeutschlandbundes im Bereiche des Regierungsbezirks Wiesbaden, Herr Oberst Krüger-Wellhausen im Hotel Ritter einen Vortrag über Zweck und Ziel des Bundes halten. Anfang 4^{1/2} Uhr. Der Eintritt ist frei. Ein reger Besuch dieses Vortrags ist erwünscht.

★ **Einlieferungsbescheinigungen bei Postagenturen.** Die Postagenturen können fortan nach eigenem Ermessen jedoch unter ihrer Verantwortlichkeit einen oder mehrere ihrer von der Postverwaltung zugelassenen ständigen Vertreter ermächtigen, Posteinlieferungscheine selbstständig zu vollziehen sowie in Posteinlieferungsbüchern zu quittieren.

★ **Herborn, 21. Januar.** Die Eheleute Friedrich Bickard und dessen Ehefrau Elisabeth geb. Rückert feiern am 24. Januar das Fest der goldenen Hochzeit.

★ **O Sinn, 21. Jan.** Seit gestern Abend wird die 19jährige Tochter der Eheleute Dornbusch dahier vermißt. Dieselbe kam gestern Abend um 9 Uhr von Siegen zurück, legte vor ihrer elterlichen Wohnung ein Paket nieder und begab sich von da an die Dill. Hier fand man ihre Kleider, sowie Hut und Schirm und ist daher der Annahme, daß sich das Mädchen ein Verbrechen angetan bzw. sich ertränkt hat. Die ganze Gemeinde ist in großer Aufregung.

★ **Wetzlar, 20. Jan.** Hier hat sich ein Kaninchenzuchtverein gebildet, um auch in unserer Stadt die rationelle Zucht des bei den hohen Fleischpreisen gut zu verwendeten Kaninchens zu betreiben. Der älteste Kaninchenzuchtverein unseres Kreises besteht in Ringenbach. Derselbe bildet ein wichtiges Glied im Mitteldeutschen Kaninchenzuchtverein. — Die Einkrecher, die vor einiger Zeit den hiesigen Ärzten nächtliche Besuche abstatteten, sehen ihr einträgliches Gewerbe noch immer fort, ohne daß es der Polizei bisher gelungen wäre, sie dingfest zu machen. Die neueste Meldung stammt aus Fulda, wo sie einen Arzt und einen Architekten heimsuchten. Interessant ist es, daß ein bei dem Arzt zurückgelassener Mantel aus dem hiesigen Diebstahl herrührt. Die Einkrecher geben, wie es den Anschein hat, Gastrollen in ganz Deutschland. Hoffentlich gehen sie doch noch einmal in die Falle.

★ **Wismar, 20. Sept.** Hier erhängte sich der 30 Jahre alte Gärtnersknecht Ludwig Stroh in seinem Schlafzimmer. Stroh, der dem Trunke ergeben war, hinterläßt drei kleine unverpflegte Kinder als Waisen.

★ **Solihausen, 20. Jan.** In einem Teil Wald unseres Schutzbezirks und zwar in der Hirschbachseite (Schieferlaute) hält sich seit etwa 14 Tagen eine recht seltene Wildgattung — wenn auch nur ein Exemplar — auf. Es ist dies ein weibliches Mufflon. Das Tier, das sich dort in einer alten ausgeholten Eiche aufhält, scheint sich um das Dröhnen der Äxte der Holzmacher nicht zu kümmern und ist sogar so dreist, in Gegenwart derselben die noch an den freischgestellten

Eichenbäumen befindlichen Eichen abzufressen. Es hat etwa die Größe eines Schafes und besitzt keine Hörner. Wie man hört, sollen einige dieser Tiere, deren Heimat Afrika ist, in Wittgensteiner Wäldungen ausgesetzt worden sein, woraus wohl auch zu schließen ist, daß sich das Tier von da aus in unsere Gegend verirrt hat. Die Tiere sollen sich kolossal schnell vermehren. Es ist von der Oberförsterei angeordnet worden, das Tier nicht abzuschießen.

★ **Gladenbach, 19. Jan.** Ein Angestellter bei dem hier stattfindenden Emailleverkauf hatte sich mit 500 Mk. die er auf die Post einzahlen sollte, aus dem Staube gemacht. In Frankfurt a. M. aber ereilte ihn schon sein Schicksal und wurde er dort hinter Schloß und Riegel gesetzt. Von der veruntreuten Summe Geld fand man nur noch 200 Mk. bei ihm vor.

★ **Darmstadt, 19. Jan.** Aus der Lungenheilstätte Winterkasten i. Odenwald sind am Sonntag etwa 80 der dort untergebrachten Patienten „ausgerückt“, nachdem sie seit letzten Donnerstag einen Hungerstreik wegen der schlechten Behandlung und des schlechten Essens in Szene gesetzt und sich ohne Erfolg bei der Anstaltsleitung beschwert hatten. Heute vormittag hat eine Abordnung bei dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hartmann und eine andere Abteilung beim Vorsitzenden der hiesigen Landesversicherungsanstalt, Geh. Dr. Diez, persönlich Beschwerde geführt. — Von anderer Seite wird dazu behauptet, die Klagen seien unberechtigt und nur von einigen Unzufriedenen angezettelt worden.

Eingefandt.

Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt der Einsender die Verantwortung. Der Aufnahme gelangen Zuschriften, die dem Meinungsaustausch dienen, sachlich gehalten sind und in der Form nicht vorzulegen sind.

Zur Erwiderung des Magistrats und des Kuratoriums auf mein Eingefandt vom 20. d. Mts. bemerke ich kurz:

Magistrat und Kuratorium entgegnen mir, daß ich „wichtige Tatsachen verschwiegen“ habe. Ich habe die nach meiner Ansicht wichtigsten Punkte aufgeführt, bin aber auch über den weitergehenden Verlauf der Angelegenheit genau unterrichtet. Wenn Magistrat und Kuratorium andere Tatsachen für so wichtig halten, daß sich dadurch ihr Vorurteil anders beurteilen läßt, so lag doch nichts näher, als diese meinen Ausführungen entgegenzustellen. Die Öffentlichkeit hatte sicherlich ein Interesse daran, und wir war Gelegenheit gegeben, Stellung dazu zu nehmen. So aber kann ich in der gestrigen Entgegnung nur eine Abfertigung mit leeren Worten erblicken. Weiß, Lehren.

Nachschrift der Redaktion. Das erste „Eingefandt“ des Herrn Lehrers Weiß, das in der Nr. 16 des „Rassauer Volksfreund“ erschien, ist nun gestern, also einen Tag später (nicht durch unsere Schuld) auch im Herborner Tageblatt veröffentlicht worden. Dafür trägt es folgende Anmerkung der Redaktion: Für die Folge nehmen wir nur noch Einsendungen auf, die dem Herborner Tageblatt allein übergeben werden. — Dieser Wink mit dem Hauptfahrl ist deutlich, bedarf also keinen Kommentars. Die Einwohnerschaft weiß ja nun, was sie zu tun hat, um hochmögenden Ortes nicht in Ungnade zu fallen. Wir unsererseits verfolgen den Grundsatz, auf kommunalem Gebiete jedes „Eingefandt“ aufzunehmen, das nach Form und Inhalt sachlich gehalten und für die Öffentlichkeit von Interesse ist, dabei ist es uns ganz einerlei, ob der Betreffende sonst auf unserem Standpunkt steht oder nicht, ob er seine Sache auch im „Herb. Tagebl.“ veröffentlicht oder nicht. Pamphlete, haltlose Abhandlungen mit vorgefaßter Tendenz und persönlichen Spitzeln lehnen wir grundsätzlich ab. Die Bürgerschaft Herborns macht nun von der Tatsache, daß in Herborn zwei Tageszeitungen erscheinen, aber auch einen Gebrauch, daß es uns menschlich begreiflich erscheint, wenn der Gegenstand „eine Laus über die Leber“ läuft. Die gestrige Anbrohung des „Tageblatt“ scheint übrigens auf sehr unfruchtbaren Boden gefallen zu sein, denn man scheut die Alternative nicht: Siehe vorstehendes „Eingefandt“. Qui vivra — vorra!

Neueste Nachrichten.

Geh. Bergrat Wahnschaffe gestorben.

★ **Berlin, 21. Jan.** Geh. Bergrat Wahnschaffe, Professor an der geologischen Landesanstalt in Berlin, wurde gestern in einer hiesigen Privatklinik von einem neuen Schwäche-Anfall betroffen, dem er nach kurzer Zeit erlag.

Bethmanns familiäres Mißgeschick.

★ **Paris, 21. Jan.** Der Berliner Korrespondent der Agence Fournier behauptet über die Gründe, die den Reichstanzler bewogen haben, seinen Sohn unter Kuratel stellen zu lassen, folgendes aus guter Quelle erfahren zu haben: Am dem Tage, an dem der Reichstanzler auf die Interpellationen über die Zaberner Affäre im Reichstage zu antworten hatte, präsentierte man ihm einen Wechsel über 80 000 Mark mit seiner Unterschrift. Diese war natürlich authentisch und von seinem eigenen Sohne geschrieben. Diese Tatsache sei auch die Ursache der Indisposition des Kanzlers in der genannten Sitzung gewesen. (Diese Meldung ist nicht sehr wahrscheinlich und nur mit größter Vorsicht aufzunehmen.)

Für die Schriftleitung verantwortlich: M. Eld, Herborn

Weilburger Wetterdienst.

Borausichtliche Witterung für Donnerstag, den 22. Jan. Vorwiegend trübe, ohne erhebliche Niederschläge, etwas milder.

Für eine kleine Familie wird zum 1. April in ruhigem Hause eine

Wohnung

(5 bis 6 Zimmer, Küche und Mansarden) zu mieten gesucht. Angebote mit Preis erbittet

Rektor Krah, Hachenburg (Westerwald),

Aus aller Welt.

Zum Untergang des englischen Unterseebootes. Die Bemühungen, das geunkene Unterseeboot „A 7“ aufzufinden, wurden am Montag in der Whitelands-Bai wiederholt, aber ebenfalls ohne Erfolg, obwohl sechzehn Schiffe zehn Stunden an der Suche beteiligt waren. Kurz vor Schluss stießen die Kabeltaucher auf ein Hindernis, und die Jäger erhielten Befehl, an der Stelle liegen zu bleiben, damit dort das Tauchen wieder aufgenommen werden kann. Amtliche Veröffentlichungen liegen nicht vor.

Blutiger Kampf mit Ausbrechern. Bei einem Kampf zwischen Aufsehern und Ausbrechern im Staatszuchthaus in McAlister im Staate Oklahoma wurden, der „B. J.“ zufolge, sieben Personen getötet. Drei Gefangene, die sich auf unerklärliche Weise Gewehre verschafft hatten, versuchten auszubrechen. Als sich ihnen auf ihrer Flucht ein Aufseher entgegenstellte, schossen sie ihn nieder. Mehrere Aufseher eilten zu Hilfe, und es entspann sich ein regelrechter Kampf. Zwei weitere Aufseher und ein zufällig anwesender Richter, der frühere Abgeordnete Thomas, wurden erschossen. Schließlich gelang es den Wächtern, die drei Ausbrecher niederzuschießen.

Kurze Auslands-Chronik.

In Karolinenthal bei Prag wurde die Gastwirtin Schmal von ihrem Sohne, einem Caschhausbesitzer, durch zwei Revolvergeschosse getötet.

Ein aufsehenerregender Prozess in Odessa wird am Freitag, dem 23. d. M., beginnen. Angeklagt ist der Direktor der dortigen Taubstummenschule, Enigiren. Er wird beschuldigt, 35 Schülerinnen im Alter von sechs bis dreizehn Jahren in barbarischer Weise gepeinigt zu haben.

Die Internationale Konferenz für die Sicherheit des Lebens auf dem Meere trat Dienstag nachmittag in London zur Unterzeichnung des Vertrages zusammen.

Aus dem Gerichtssaal.

Töten und Genossen vor dem Oberkriegsgericht. In der Berufungsverhandlung gegen Töten und Genossen vor dem Oberkriegsgericht in Berlin wurde am Montag der frühere Krupp'sche Bureauvorsteher in Berlin, Maximilian Brandt, als Zeuge vernommen. Der Zeuge, der einen leidenden Eindruck macht, stellt, wie in den vorangegangenen Prozessen, seinen Verkehr mit den Angeklagten als harmlos dar. Er habe nie die Absicht gehabt, die Angeklagten zu etwas Unrechtem zu verleiten. Seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter über die Herkunft der Normmalze seien unrichtig, er habe sie gemacht, ohne sich im einzelnen darüber klar zu sein, ob sie stimmten oder nicht. Der Verhandlungsführer hält dem Zeugen die beiden Staatsanträge vor, die nach seinem Zeugnis von Pfeiffer stammen. Zeuge: Das kann ich heute nicht mehr aufrechterhalten, mein Gedächtnis hat zu sehr gelitten. — Anklagevertreter: Ich möchte hier bemerken, daß die Angabe des Zeugen irreführend ist. Der Zeuge hat vor Polizeirat Koch von selbst, ohne danach gefragt zu sein, erklärt: „Außerdem hat mir Pfeiffer zwei Staatsanträge geliefert.“ — Zeuge: Wie das ins Protokoll gekommen ist, weiß ich nicht. — Verhandlungsführer: Sind Sie denn überzeugt gewesen, daß Ihnen die Angeklagten auch ohne Gewährung von Geld und Freigang Nachrichten gegeben hätten? — Zeuge: Selbstverständlich. Außerdem waren die Sachen ja nur gering und die Zusammenkunft von Geld betrafen nur die Vergütung meiner Auslagen oder Darlehen, die stets gleich wieder zurückgezahlt wurden. — Verhandlungsführer: Wie hoch waren die Sachen? — Zeuge: Ganz gering, etwa bei einem Mittagessen 1,50 bis 2 Mark. — Seine hohen Weihnachtsgratifikationen erklärt der Zeuge damit, daß er als Vertreter seines Berliner Vorgesetzten eine wesentliche Mehrarbeit hatte und dafür in etwas entschädigt werden sollte. Der Zeuge gibt zu, daß er außer an Pfeiffer auch an Lötter, Hüf, Schleuder und Schmidt Geld gegeben hat; es habe sich dabei lediglich um Vergütung von Auslagen oder Zeiterlösnissen gehandelt. Der Angeklagte Pfeiffer behauptet, daß Brandt aus den Gesprächen mit ihm unmöglich etwas Wichtiges erfahren konnte, da Brandt besser orientiert war als er selbst. Damit war die Vernehmung des Zeugen Brandt beendet. Eine Reihe weiterer Zeugen wurde darauf noch in nichtöffentlicher Sitzung vernommen.

Geschichtskalender.

Donnerstag, 22. Januar, 1729. G. E. Lessing, Dichter und Kritiker. * Ramenz. — 1788. Lord Byron, englischer Dichter. * London. — 1814. Ed. Zeller, philosophischer Schriftsteller. * Klein-Bottwar. — 1817. Dittlie Bildermuth, Schriftstellerin. * Rottburg. — 1820. Herm. Bingg, Dichter. * Lindau. — 1826. Frdr. Ueberweg, Philosoph. * Wehlungen. — 1840. Joh. Frdr. Blumenbach, Naturforscher, * Göttingen. — 1893. Vinzenz Lachner, Komponist, * Karlsruhe. — 1900. Edwin Hughes, englischer Physiker, Erfinder der Tondruck-Telegraphie und des Mikrophons, * London. — 1901. Vittoria Alexandrine, Königin von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, * Osborne. — 1903. B. Raumann, Fabrikant, Vorstand des Vereins deutscher Fahrradfabrikanten, * Dresden.

Ein fürstlicher Arzt.

Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der sich bekanntlich mit großem Erfolg als praktischer Arzt betätigt, hat sich kürzlich auch den Krankentassen in München zur freien Arztwahl zur Verfügung gestellt. Wir bieten hiermit sein Bildnis unseren Lesern. Er wurde kürzlich als Kassenarzt verpflichtet. Der Prinz, der 54 Jahre alt, ist ein Neffe des verstorbenen Prinzregenten Luitpold, also ein Vetter des regierenden Königs von Bayern. Er besitzt den medizinischen Doktorgrad und ist Ehrenarzt des österreichischen Sanitätskorps.



Holz-Submissionsverkauf, Stadtwald Herborn

Im Wege des schriftlichen Angebots sollen verkauft werden:

1. aus den Distrikten Beilstein, Hohewarte, Neuenwald und Steinsteine:
151 Nadelholzstämme von 25—29 cm. Durchmesser mit 73,90 fm.,
54 Nadelholzstämme von 30 cm. und mehr Durchmesser mit 42,75 fm.
2. aus den Distrikten Beilstein, Hohewarte u. Neuenwald:
78 Eichenstämme mit 19,46 fm. (Grub. u. Wagnerholz)
27 Eichenstangen mit 2,43 fm.,
34 Nm. Eichen-Rustschicht,
6 „ Eichen-Rustknüppel.

Schriftliche Angebote mit der Aufschrift: „Angebot auf Nadel- bzw. Eichenholz“ sind unter Anerkennung der Bedingungen bis Samstag, den 31. d. M. abends 6 Uhr an uns einzureichen.

Eröffnung der Angebote Montag, den 2. Febr., vorm. 11½ Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses.

Die Bedingungen liegen auf Zimmer 10 des Rathauses zur Einsicht offen und können auch gegen 50 Pfg. Schreibgebühren von uns bezogen werden.

Förster Hinz erteilt nähere Auskunft.

Herborn, den 20. Januar 1914.

Der Magistrat: Birkendahl.

Holzverkauf der Königl. Oberförsterei Halger

am Freitag, den 30. Januar, von vorm. 10 Uhr ab in Reuter's Gasthof (Rotes Roß) zu Halger.

Es kommen zum Verkauf:

Schutzbezirk Kalltrich: Distr. 13b Hummelst. Eichen: 1 Nm. Scheit, Buchen: 64 Nm. Scheit, 118 Nm. Knüppel, 60 Nm. Reifig ungef., Nadelholz: 1 Nm. Knüppel. Distr. 20a Eulenberg: Eichen: 9 Nm. Knüppel, Buchen: 425 Nm. Scheit, 257 Nm. Kppl., 300 Nm. Reifig ungef. Distr. 24c Sinnerhöfen: Eichen: 1 Nm. Scheit, 14 Nm. Knüppel, Buchen: 77 Nm. Scheit, 26 Nm. Kppl., 90 Nm. Reifig ungef.

Bänke betreffend die Losbildung müssen bis zum 24. d. Mts. eingegangen sein.

Turnverein Herborn.

Die Hauptversammlung

findet am 24. Januar, abends 8½ Uhr statt.

Tagesordnung:

Aufnahme, Jahresbericht für 1913, Rechnungsablage, Neuwahl des Vorstandes, Gaudurtag.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Verdingung.

Für den Neubau der Reichsbanknebenstelle in Dillenburg sollen die

Zimmerarbeiten

vergeben werden. Die Angebotsunterlagen können, soweit der Vorrat reicht, gegen Erstattung der Herstellungskosten von Mk. 2.— im Vaubüro der Reichsbank in Dillenburg, Hüttenplatz 24 in Empfang genommen werden oder gegen frei Varsendung bezogen werden.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt: Donnerstag, den 29. Januar 1914, vorm. 11 Uhr im oben bezeichneten Vaubüro. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Ritter'sche Dampfziegeleien Wallau.

Maschinen-Fabrik und Lager in Werkzeugmaschinen, Werkzeugen, Motoren, Eisenwaren. Spezialität: Waschmaschinen Rapid u. Gnom, überall vorzögl. bewährt, schonen die Wäsche, sparen Zeit, Arbeit und Geld. Sehr preiswert. — Gebrauchte Benzinmotoren sehr billig abzugeben. — Vertreter: Ferd. Bender, Herborn.

Fleisch- und Wurstpreise.

Schweinefleisch von prima jungen Schweinen, sämtliche Stücke	per Pfd.	80 Pfg.
Prima Rind- u. Ochsenfleisch	90	„
Rohfleisch	75	„
Kalbsteck	80	„
Speck und Dörrfleisch	90	„
Hollschinken	120	„
Kasseler Rippensteck, gerollt und ohne Knochen	110	„
Schmalz, roh und ausgelassen	85	„
Wurstfett	50	„
Fleischwurst und Preskopf	90	„
Leber- und Blutwurst	70	„
Mettwurst	100	„
Prima Hausmacherleberwurst	90	„
Cervelatwurst	140	„

Sämtliche Wurstwaren in guter Qualität und ohne Zusatz von Bindemitteln

Erstes Barzahlungs-Geschäft für Fleisch- und Wurstwaren in hiesiger Gegend

H. Cunz Metzgerel Sinn.

Telefon 270 Amt Herborn.



Wenn ich die Kochvorschriften auf dem Paket genau beachte, schmeckt mir Kathreiners Malzkaffee ganz vorzüglich. Machen Sie einen Versuch!

Familien-Nachricht.

Gestorben: Friedrich Jüngst, 72 Jahre alt. Herborn und Boringen a. Rh.

Kirchliche Nachrichten.

Herborn.

Donnerstag, den 22. Januar abends 8¼ Uhr

Bibelstunde

in der Aula. Herr Dehn Prof. Hausen.

Dillenburg.

Donnerstag, den 22. Januar abends 8¼ Uhr:

Bibelstunde

in der Kleinkinderschule. Herr Pfarrer Conrad.

Unterricht im Harmoniumspielen erteilt

Ernst Schreiber, Herborn

Ca 30 tüchtige schwindelfr.

Arbeiter

für Abbruchs-Arbeiten gegen gut. Lohn sofort gesucht

Schriftliche Anfragen an

Geb. Kuhmichel Bochum 5.

Neuerst vorteilhaft u. bequem für Herborn u. Umgegend ist der Kursus, der vor- ausst. in den nächst. Tagen in

Buchhaltung, Wechsel- und Scheckkunde usw.

in Herborn eingerichtet werden soll.

Auskunft ert. u. Anmeldungen nehmen entgegen Hr. Rüferstr. Heinr. Schäfer, Herborn und Handelslehrer Wilhelm Belten, Weptar.

Für Schuhmacher!

Kouponabschnitte, Besohl., Fled. u. dergl. offer. 10 Pfd.-Paket für M. 7.50 g. Nachn. C. Schürmer, Esfurt

Zu kaufen gesucht!

Dachshund

ohne Abzeichen. Off. nebst Preisangabe zu richten an

Franz Dikomeit, Glessen, Walltorstr. 73.

Jeden Freitag:



lebendfrische Fische.

Fr. Bähr, Herborn.

De-Thompson's Seifenpulver
(Marke Schwan)
In Verbindung mit dem modernen Bleichmittel
Seifix
liefert selbsttätig blendend weiße Wäsche mit dem frischen Duft der Rasenbleiche. Ein Versuch überzeugt. o Jedes Paket 15 Pfennig.
Seifix **bleicht fix**

Düten u. Beutel

in allen Grössen liefert

Buchdruckerei Anding.

1 kleiner Herd u. 1 Ofen zu verkauf. Herborn. Wilhelmstraße 43.